7041/J
vom 30.09.2026 (XXVIII. GP)

ANFRAGE

des Abgeordneten Alois Kainz
an den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus
betreffend **Brandrisiko durch Akkus und Photovoltaik**

Die zunehmende Nutzung von Photovoltaikanlagen, Batteriespeichern und Lithium-Ionen-Akkus bringt neue sicherheitstechnische Herausforderungen mit sich. Besonders in der Landwirtschaft können Brände aufgrund großer Gebäude, Maschinenbestände und hoher Sachwerte erhebliche Schäden verursachen.

Der ORF Niederösterreich berichtete im März 2026, dass es in Niederösterreich jährlich zu rund 800 Bränden auf landwirtschaftlichen Betrieben kommt. Obwohl die Zahl der Betriebe seit 2005 deutlich zurückgegangen ist, entfällt weiterhin rund jeder dritte Brand in Niederösterreich auf den landwirtschaftlichen Bereich. Allein zwischen 2019 und 2024 entstanden Schäden von rund 188 Millionen Euro. Photovoltaikanlagen, Akkus und Hochvolt-Systeme werden dabei ausdrücklich als zunehmende Herausforderungen genannt.[1]

Bereits die parlamentarische Anfrage betreffend „Ökologischer Fußabdruck von Diesel, Benzin und Elektroautos“ (10153/J)[2] zeigte offene Fragen hinsichtlich der Brandgefährlichkeit sowie der fachgerechten Entsorgung und Verwertung von Lithium-Batterien auf. Die Anfrage zum „Umgang mit gebrauchten bzw. beschädigten Elektroautos“ (17687/J)[3] verdeutlichte darüber hinaus, dass neben technischen Sicherheitsfragen auch mögliche Auswirkungen auf die Versicherungskosten zu berücksichtigen sind.

Die Anfrage zum „Umgang mit Sondermüll und steigenden E-Abfallmengen“ (3556/J)[4] sowie die darauf aufbauende Folgeanfrage (4727/J)[5] rückten insbesondere die zunehmenden Brandereignisse durch falsch entsorgte Akkus, die Sicherheitsstandards in Abfallbehandlungsanlagen sowie die künftigen Entsorgungs- und Recyclingkapazitäten für Fahrzeugbatterien und stationäre Batteriespeicher in den Mittelpunkt. Die auf die Folgeanfrage ergangene Beantwortung (4243/AB) hielt fest, dass neben technischen und organisatorischen Maßnahmen auch Versicherungslösungen und Ausgleichsfonds als mögliche Lösungsansätze geprüft werden sollen.

Die aktuellen Zahlen aus der niederösterreichischen Landwirtschaft zeigen, dass sich die Problematik jedoch nicht auf die Entsorgung von Batterien beschränkt. Mit der

---

1 https://noe.orf.at/stories/3345094/ (aufgerufen am 19.08.2026)
2 Anfrage: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/10153
Beantwortung: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/AB/9899
(aufgerufen am 19.08.2026)
3 Anfrage: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/17687
Beantwortung: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/AB/17149
(aufgerufen am 19.08.2026)
4 Anfrage: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/J/3556
Beantwortung: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/AB/3057
(aufgerufen am 19.08.2026)
5 Anfrage: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/J/4727
Beantwortung: https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/AB/4243
(aufgerufen am 19.08.2026)

zunehmenden Verbreitung von Photovoltaikanlagen, stationären Speichern und Hochvolt-Systemen stellt sich vielmehr die Frage, wie Brandrisiken bereits im laufenden Betrieb reduziert werden können und ob die steigenden Schadenssummen Auswirkungen auf Versicherungsprämien, Selbstbehalte, Versicherungsbedingungen oder technische Auflagen haben.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus nachstehende

Anfrage

1. Wie bewertet Ihr Ressort die zunehmenden Brandrisiken durch Photovoltaikanlagen, stationäre Batteriespeicher und Lithium-Ionen-Akkus, insbesondere auf land- und forstwirtschaftlichen Betrieben?
2. Sieht Ihr Ressort zusätzlichen Handlungsbedarf im vorbeugenden Brand- und Katastrophenschutz?
    a. Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind geplant?
    b. Wenn nein, warum nicht?
3. Welche neuen Erkenntnisse wurden seit März 2026 zu Ursachen und Vermeidung solcher Brände gewonnen und welche Maßnahmen wurden daraus abgeleitet?
4. Sind zusätzliche Präventions-, Informations- oder Schulungsmaßnahmen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe vorgesehen?
    a. Wenn ja, welche und mit welchen Organisationen?
    b. Wenn nein, warum nicht?
5. Sind finanzielle Unterstützungen für zusätzliche Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen bei Photovoltaikanlagen und Batteriespeichern vorgesehen?
    a. Wenn ja, welche?
    b. Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Erkenntnisse liegen Ihrem Ressort zu Auswirkungen von Photovoltaikanlagen und Batteriespeichern auf Versicherungsprämien, Selbstbehalte oder Versicherungsbedingungen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe vor?
    a. Wenn bereits Erkenntnisse vorliegen, wie sehen diese aus? (Bitte um Auflistung der Daten von 2015 bis heute)
    b. Wenn nicht, warum nicht?
    c. Wenn nicht, ist beabsichtig eine solche Datenbank einzurichten?
7. In der Anfragebeantwortung 4243/AB wurden „Versicherungslösungen und Ausgleichsfonds“ als mögliche Lösungsansätze genannt. Wie ist der aktuelle Stand?
    a. Welche Modelle wurden geprüft?
    b. Mit welchen Organisationen oder Versicherungsunternehmen wurden Gespräche geführt?
    c. Ist ein Ausgleichsfonds weiterhin vorgesehen?
8. Sieht Ihr Ressort Handlungsbedarf hinsichtlich zusätzlicher Kosten nach Batteriebränden, etwa für Bergung, Zwischenlagerung, Entsorgung oder Sanierung?
    a. Wenn ja, welche Maßnahmen werden geprüft?
9. Liegen Erkenntnisse über besondere Folgeschäden durch Batteriebrände, insbesondere durch kontaminiertes Löschwasser oder Erdreich, vor?

   a. Ergibt sich daraus zusätzlicher gesetzlicher oder organisatorischer Handlungsbedarf?
10. Gibt es auf Bundesebene Überlegungen, Kooperationen zwischen Zivilschutz, Feuerwehren, Bundesheer, Landwirtschaftskammern und weiteren Organisationen stärker für Schulungen und Übungen im Umgang mit PV-Anlagen, Batteriespeichern, Elektrofahrzeugen usw. zu nutzen?
   a. Wenn ja, welche?
   b. Wenn nein, warum nicht?
11. Gibt es einen regelmäßigen Austausch zwischen Ihrem Ressort, Ländern, Feuerwehren, Landwirtschaftskammern, Versicherungen und der Entsorgungswirtschaft zu diesen Brandrisiken?
   a. Wenn ja, welche konkreten Ergebnisse oder Maßnahmen sind daraus hervorgegangen?
12. Ist eine ressortübergreifende Koordinierung bzw. Arbeitsgruppe zu Brandrisiken durch Photovoltaikanlagen, Lithium-Ionen-Akkus und Batteriespeicher vorgesehen?
   a. Wenn ja, welche Ressorts und Organisationen sollen beteiligt werden?
   b. Wenn nein, warum nicht?
13. Welche weiteren Maßnahmen plant Ihr Ressort, um land- und forstwirtschaftliche Betriebe besser vor den sicherheitstechnischen und wirtschaftlichen Folgen solcher Brände zu schützen?

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-09-30T15:31:37+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	